

Druckbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.M. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-203
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

5 Pfennig

Sonnabend

24. Januar 1925

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftstags 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.M. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2500-2507

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jubel über gestern...
Aber Sorgen um morgen!

Der Jubel in der Rechtspresse über den Rücktritt der preussischen Regierung ist ungeheuer. Begreiflicher Weise. Denn in Preußen lag alle Hoffnung für die Reaktion.

Jetzt haben sie es endlich geschafft und das Kabinett Braun ist zurückgetreten. Die Zeit, Herrn Stresemanns unzulängliches Sprachrohr, glaubt heute die Deutschnationalen noch übertrumpfen zu müssen.

Diese eine Aeußerung zeigt die ganze politische Verbohheit der Kulissenschieberpartei. Ein „rühmliches“ Ende ist für die Volkspartei nur dann gegeben, wenn ein Minister auf einen zarten Wink Stresemanns oder seiner Gefolgschaft in der Versenkung verschwindet.

Ach nein, so liegen die Dinge nicht. Der bisherige Ministerpräsident Braun war schon seit Tagen entschlossen, von seinem Amte zurückzutreten, wenn sich eine Mehrheit gegen ihn ergab.

Aber so groß der Jubel auch ist, der Kagenjammer folgt auf dem Fuße. Denn, nachdem die Regierung zurückgetreten ist, entsteht sofort die Frage, wer ihr Nachfolger werden soll!

Paul Baeder, der Chef der Vertrauenskoalition, umminstelt die Partei Hirtsfelder-Am Jahnhoff in der „Deutschen Tageszeitung“:

Wir möchten mit dem Ausdruck der dringenden Hoffnung schließen, daß das Zentrum, dessen Zurückhaltung bei den gestrigen Debatten bereits allgemein bemerkt wurde, sich schnell und entschlossen entschließen möchte, nunmehr auch in Preußen den Schritt zu tun, den es im Reich bereits getan, dort aber noch mit Heßlichkeiten und Vorbehalten begleitet hat.

Für den Fall, daß das Zentrum auf solches Liebeswerben nicht hereinfallen sollte, droht die „Kreuz-Zeitung“ alsbald mit der Peitsche:

Eins ist jedenfalls klar, ein Kabinett, in dem Sozialdemokraten sitzen, ist jetzt eine Unmöglichkeit geworden. Jede Regierung, wie sie auch aussäßen möge, wird gegen die Sozialdemokratie regieren müssen.

Da ist die Kugel aus der Pistole! Landtagsauflösung und Neuwahl dieses Parlaments. Wir können dem Ruze nur zustimmen. Löst den Landtag auf, damit die Wähler fortriggieren können, was sie am 7. Dezember noch verweigert haben.

Vorläufig scheint jedoch das Zentrum gar nicht geneigt, auf die Werbungen hereinzuweisen. Die „Germania“ kennzeichnet in erschreckender Schärfe die Schuld der Deutschen Volkspartei, die sich erwiesen habe „als eine Gruppe, die von der kräftigen Hand des stärkeren Bruders auf der Rechten gezogen wurde und willenlos ihre Dienste

im Sinne der Reaktion leistete“. Es sei lächerlich, fährt die „Germania“ fort, dem Ministerpräsidenten und dem Gesamtkabinett Kleberei am Amte vorzuwerfen.

Die Große Koalition hat sich über drei Jahre bestens bewährt, wie Herr von Richter selbst bezeugt hat. Diese Position wollte das Ministerium nicht ohne Zwang aufgeben, zumal kein Mensch weiß, was jetzt geschehen soll.

Nach der Herostratenarbeit, die die Volkspartei geleistet habe, müsse ihr die Verantwortung dafür bleiben, was die Zukunft für Preußen bringe.

Ganz ähnlich äußert sich das große rheinische Zentrumblatt, die „Kölnische Volkszeitung“:

Wenn die Sozialdemokratie ihre Position in Preußen preisgeben sollte, würde sie dem Beispiel ihrer Reichstagsfraktion folgen und in die Opposition treten und ganz ohne Zweifel einen Kampf entfesseln, bei dem vielleicht mehr in Trümmer geht, als gestern nachmittag zerfallen wurde.

Das große rheinische Zentrumblatt, die „Kölnische Volkszeitung“, kommentiert das Ende der großen Koalition in Preußen wie folgt:

Man reiche der Deutschen Volkspartei den Lorbeer, denn ihr gebührt er restlos, und man zeige die Organisatoren des Sieges in strahlender bengalischer Beleuchtung dem ganzen Volke.

Rechtskurs und Erwerbslose.

Ein Kampf um die Unterstützung arbeitsloser Mütter.

„Die neue Hero schlägt gut an, die neue Koalition wirkt sich in der Sozialpolitik gut aus!“ rief gestern der Demokrat Siegler im Reichstagesaus. Die Regierung, die Deutschnationalen, und vor allem die Deutsche Volkspartei offenbarten bei der Beratung der Sätze der Erwerbslosenunterstützung ein solches Maß sozialreaktionärer Gesinnung, daß sie einen Sturm der Entrüstung entloseten.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Reichstagsitzung stand ein Antrag des Reichstagsausschusses für sozialpolitische Angelegenheiten, die Unterstützungssätze für die Erwerbslosen um ungefähr 25 Proz. zu erhöhen.

Es handelte sich ferner darum, den Unterschied zwischen den Unterstützungssätzen für Männer und denen für Frauen vollständig zu beseitigen. Die Regierung hat sich bisher dagegen aufs äußerste gestraubt.

politischer Sieg, morgen kann er sich in ein Unglück für das ganze deutsche Volk verwandeln. Der tumultuarische Schluß der Landtagsitzung hat den Krisenmachern zu denken gegeben... Es ist möglich, aber nicht sehr wahrscheinlich, daß sich in den nächsten Tagen die Bogen etwas glätten und die verantwortlichen Führer der Deutschen Volkspartei zur Erfassung der vollen Schwere der Situation kommen, die sie geschaffen haben.

Die „Germania“ gibt noch dem besonderen Bedauern Ausdruck, daß es nicht gelungen ist, die Geschlossenheit der Zentrumsfraktion aufrechtzuerhalten. In der kritischen Stunde, wo es auf jede Stimme ankam, mußte man von jedem Vertrauensmann der Zentrumswähler Disziplin verlangen.

Daß die demokratische Presse einmütig ist in der Beurteilung der Krisenmacherei in Preußen, ist selbstverständlich. Die „Kölnische Zeitung“ macht besonders darauf aufmerksam, daß der Bund zwischen Deutschnationalen und Kommunisten zwar eine Regierung stürzen könnte, daß sie zwar in der Lage sei, Gewalt anzuwenden, aber nicht selbst regieren kann.

Auch die nationalistische „Deutsche Zeitung“ sieht Schwarz in die Zukunft:

Wie im nunmehr beendeten Kampf gegen die Machthaber von gestern, wird man in den heute beginnenden Verhandlungen zu

Im Plenum erhob aber die Deutsche Volkspartei durch den Abg. Prof. Moldenhauer Widerspruch dagegen, daß der Antrag des Ausschusses auf die Erhöhung der Unterstützungssätze des Plenums gestellt werde.

Durch den sozialdemokratischen Vertreter ist die erste reaktionäre Aktion des Rechtsblocks und seiner Parteien miflungen. Die Haltung der Rechtsregierung und der Deutschen Volkspartei zeigt, was ihre sozialpolitischen Ziele sind: Schutz des schlimmsten Ausbeutertums, Verhinderung von sozialpolitischer Reformarbeit.

Die „Rote Fahne“ erzählt heute ihren Lesern, die Sozialdemokraten seien „mit Luther gegen die Erwerbslosen gegangen“. Wieso und warum? Weil die Sozialdemokraten auf weitergehende Anträge für den Augenblick verzichtet hatten.

25 Proz. Erhöhung ist wenig. Kommunistische Agitationsanträge sind 0,0 Proz. wert. Und das kleinste Stück Brot ist für die Arbeitslosen mehr als der größte kommunistische Klamauf.

rechnen haben mit dem Widerstande im Zentrum gegen die neu in die Macht Einrückenden.

Preußen ist von Braun-Severing befreit — aber Preußen ist noch nicht gewonnen! Es kann gewonnen werden, wenn die nationale Rechte sich ihrer Macht bemächtigt, die sie gestern erprobt hat.

Das einzige Blatt, das vollkommen zufrieden ist mit dem Scherzenhaufen, der im Landtag errichtet wurde, ist — die „rote Fahne“. Dort kann man folgendes lesen:

Mit dieser Genugtuung werden die breiten Massen der Arbeiterschaft den Sturz der Braun-Severing-Regierung begrüßen. Was weiter wird, darüber liegt die Entscheidung bei den Arbeitern.

Die Arbeitermassen sollen „tiefe Genugtuung“ darüber empfinden, daß die Reaktion, um mit der „Deutschen Zeitung“ zu reden, „in die Macht eingerückt“ ist!

Die einzige Genugtuung, die die Arbeiter angeht, ist der Vorgang im Landtag empfinden können, bezieht sich darauf, daß das offene Zusammenspiel zwischen den Reaktionsären von rechts und links hier in einer Weise enthüllt worden ist, wie nie zuvor. Und deshalb zweifeln wir auch nicht daran, daß die Entscheidung über das Weitere bei den Arbeitern liegt.

Freilich wird diese Entscheidung wesentlich anders ausfallen, als die kommunistischen Helfershelfer der preussischen Reaktion sich vorstellen. Schon der 7. Dezember hat die kommunistische Partei bezimert. Ein zukünftiger Abrechnungstag würde den preussischen Arbeiterwählern, die bisher noch den kommunistischen Revolutionsphantasien Glauben geschenkt haben, Gelegenheit geben, mit den russischen Helfern der borusischen Reaktionäre reinen Tisch zu machen. Schon die nächsten Tage dürften den Kommunisten in den Werkstätten und Betrieben zeigen, daß die Arbeiterschaft über ihre Heldentaten alles andere mehr empfindet als „Genugtuung“!

Richter und Boelch.

Im Trubel der Landtagsabstimmungen ist nicht unbemerkt geblieben, wie die beiden völksparteilichen Minister a. D. von Richter und Boelch ihren bisherigen Kollegen durch Annahme des kommunistischen Antrages ihr Mißtrauen ausgesprochen und wie sie dieses Mißtrauen mehrfach unterstrichen durch Zustimmung zu den deutschnationalen Anträgen.

Das sind die beiden Herren, für die bei ihrem Abschied Herr von Richter auch die persönliche Hochachtung aussprach, nachdem er der politischen Arbeit höchstes Lob gezollt hatte.

Neuwahl des Ministerpräsidenten: 30. Januar.

Der Verfassungsausschuß des Preussischen Landtages beschloß heute nach einstündiger Sitzung, die nächste Plenarsitzung des Landtages auf Freitag, den 30. Januar, nachmittags 2 Uhr einzuberufen. Als einziger Punkt steht auf der Tagesordnung die Wahl des Ministerpräsidenten.

Der Geschäftsordnungsausschuß wurde beauftragt, die in der Freitagssitzung entstandenen Zweifel über die Auslegung der Abstimmungsergebnisse nachzuprüfen.

Pariser Stimmen zum Rücktritt Brauns.

Paris, 24. Januar. (Eca.) Die heutige Morgenpresse kommentiert sehr lebhaft den Rücktritt des preussischen Kabinetts und kennzeichnet diese Tatsache als einen neuen Triumph der deutschen Reaktion.

So schreibt der „Petit Parisien“: Die Monarchisten haben nun den Weg in Preußen frei und triumphieren auf der ganzen Linie. Die Intrigenpolitik der Deutschen Volkspartei, mit der man in der Weimarer Koalition zusammengearbeitet hat, hat nun zum Sturz einer Kombination der Linken geführt.

Das „Journal“ schreibt: Der Rücktritt des Kabinetts Otto Braun ist ein großes Ereignis. Die Republik ist wieder

einmal von der Reaktion geschlagen worden. Der Geist von Volsdam triumphiert und droht, überall Wurzel zu fassen. Die Nationalisten werden nunmehr auch Meister des größten deutschen Landes werden. Die Verwaltung und Polizei gehen nun in ihre Hand über. Es wird bald nicht mehr gut sein, sich in Berlin oder überhaupt in Deutschland als Republikaner zu bekennen.

Der „Quotidien“ sagt: Die Demission des Kabinetts, in dem der Sozialist Severing als Innenminister eine hervorragende Rolle spielte, ist ein Ereignis, dessen Folgen sich noch viel schlimmer auswirken werden als die Bildung des Kabinetts Lühner. Wenn die Nationalisten dazu kommen, auch die preussische Regierung zu übernehmen, dann bekommen sie die Verwaltung in die Hand, die von Braun und Severing gereinigt worden ist, und können nach Lust und Gutdünken die Wiedereinsetzung der Hohenzollern vorbereiten.

„Der Unfug des Landesverrats“. Ein Proseß wegen eines Zitates.

Breslau, 24. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der eigenartige Landesverratsproseß der „Breslauer Volkswacht“ wegen eines bloßen Zitates aus einem ausländischen Blatt gewinnt eine besonders seltsame Bedeutung, da man jetzt erfährt, daß den Antrag dazu die Reichswehr gestellt hat. Während unser Parteiblatt das betreffende Zitat über Zeitschriftenausbildung durch die Reichswehr nur mit dem Wunsch begleitet hat, daß die Reichsregierung darüber Aufklärung schaffen werde, erweist also jetzt eine offizielle Reichswehrstelle den Eindruck, daß es in dieser Sache tatsächlich etwas zu verbergen gibt. Da eine Beurteilung wegen Landesverrats auf Grund eines solchen Abdrucks von Behauptungen, die bereits in der ausländischen Presse öffentlich verbreitet wurden, kaum erfolgen kann, hat sich die betreffende Reichswehrstelle durch dieses Vorgehen nur selbst blamiert, so daß vorläufig noch zu bezweifeln ist, ob der Reichswehrminister diesen Unfug zugestimmt hat. Geht selbst hat übrigens vor etwa zwei Jahren aus ähnlichem Anlaß gegen die „Volkswacht“ Beleidigungsklage angehängt, ohne bisher eine gerichtliche Klärung der damaligen Behauptungen über den Zusammenhang von Reichswehr und illegalen Organisationen erreicht zu haben.

Bei dieser Gelegenheit teilt die „Volkswacht“ mit, daß der völksparteiliche Abgeordnete Freiherr von Rheinbaben, den sie im Wahlkampf wegen verschiedener politischer Entgleisungen und wegen der Art seiner Mandatserwerbung durch große Geldmittel angegriffen hat, Beleidigungsklage stellte, die am 31. Januar verhandelt wird. Als Zeugen will Rheinbaben u. a. zu seiner Rechtfertigung Tirpitz, Jagow, v. Brockdorff-Rausan und Stresemann vernommen lassen.

Der Inhalt der deutschen Antwort.

Paris, 24. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die am Freitag von der deutschen Handelsvertragsdelegation überreichte Note fordert nach Mitteilungen der französischen Presse nicht nur Aufklärung über das vorgeschlagene Protokoll, sondern auch zugleich bindende Erklärungen über die französischen Absichten für den späteren endgültigen Handelsvertrag, der nach Ablauf des modus vivendi gegen Ende dieses Jahres in Kraft treten soll. Eine Fragestellung dieser Art ist um so berechtigter, als bekanntlich Frankreich eine völlige Umgestaltung seines Zolltarifs vorbereitet, die auf eine starke Erhöhung der schon bisher für den größten Teil der deutschen Ausfuhr unübersteigbaren Zollschranken hinausläuft. Trotzdem erneuert ein großer Teil der französischen Presse gegen die deutsche Delegation den Vorwurf, daß ihre Note den Zweck verfolge, die Verhandlungen zu verschleppen, um der Verantwortung für deren Abbruch zu entgehen. Halbamtlich wird angefügt, daß die deutsche Antage innerhalb der nächsten 24 Stunden beantwortet werden wird.

Rekordziffern des französischen Außenhandels.

Paris, 24. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der französische Außenhandel hat nach der amtlichen Statistik im Jahre 1924 eine Rekordziffer erreicht. Die Einfuhr hat sich auf 56,4 Milliarden

Tonnen im Werte von 40,1 Milliarden Fr., die Ausfuhr auf 29,4 Milliarden Tonnen im Werte von 41,4 Milliarden Fr. belaufen. Der Ausfuhrüberschuh beträgt somit 1,3 Milliarden Fr. Gegenüber dem Vorjahre hat die Einfuhr eine Erhöhung von 23 Proz., die Ausfuhr von 36 Proz. erfahren.

Parteitaktische Streitfragen in Frankreich. Zwei Richtungen bei den Seine-Sozialisten.

Paris, 24. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Resolutionskommission des Sozialistischen Parteitages des Seine-Departements (Groß-Paris) konnte sich nicht auf einen einheitlichen Text einigen, so daß dem am 1. Februar stattfindenden Parteitag zwei Entschlüsse vorgelegt werden. Die dem linken Flügel angehörende Mehrheit der Kommission unter der Führung von Bracke behauptet in ihrer Entschlüsse, daß die sozialistische Kammerfraktion in der Unterstützung der Politik Herriots zu weit gegangen sei, daß sie lediglich die Berufe der Reaktion, das Ministerium zu stürzen, verhindern sollte; statt dessen sei sie zu einem ständigen Bestandteil der Regierungsmehrheit geworden. Die Minderheit der Kommission glaubt dagegen, die bisherige Politik der sozialistischen Kammerfraktion gut heißen zu können und fordert lediglich eine raschere Durchführung der von der Arbeiterschaft erwarteten Reformen. Auch über die Taktik bei den kommenden Gemeindevahlen konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Entschlüsse des linken Flügels auf dem Seineparteitag eine Mehrheit erlangen wird, doch darf daraus nicht geschlossen werden, daß dies auch auf dem vom 8. bis 12. Februar in Grenoble stattfindenden Gesamtparteitag der Fall sein wird.

Aus dem Sowjetparadies.

Bewaffneter Aufruhr im Tscheka-Gefängnis.

Petersburg, 24. Januar. (DC.) Vom Petersburger Gouvernementsgericht wurden dieser Tage mehrere Todesurteile wegen Aufstuhres gegen Gefangene des „Hollergesängnisses“ für besondere Fälle (in der Jurenzelt „Kresty“ genannt) gefällt. Nach der Darstellung der Sowjetpresse war der Aufruhr, der Ende Dezember 1924 stattfand, entstanden, weil die Gefangenen in einem neu eingelieferten Arrestanten einen gewissen Woron erkannt hatten, der von der Tscheka als Spitzel benutzt worden war. Die Gefangenen wollten Woron lynchen und griffen in der Zahl von etwa 300 auch die Gefängniswächter an, die Woron zu retten versuchten. Als der Aufruhr drohende Formen annahm, wurde Militär herbeigeholt, welches eine Salve auf die erregte Menge abgab, wodurch fünf der Gefangenen getötet wurden. Obgleich die Angeklagten nur Holzkeile, Eimer und dergleichen als Waffen benutzt hatten, wurde der Aufruhr vom Gericht doch als ein bewaffneter und planmäßig vorbereiteter angesehen. Sieben Angeklagte wurden zum Tode verurteilt, viele erhielten mehrjährige Gefängnisstrafen.

Arbeiterunruhen in Kowno.

Kowno, 24. Januar. (DC.) Die Kownoer Stadtverwaltung hat vor kurzem beschlossen, die Arbeitszeit der bei den öffentlichen Arbeiten untergebrachten Arbeitslosen herabzusetzen, um noch mehr Neueinstellungen vornehmen zu können. Darauf legten die bereits Angestellten die Arbeit nieder und zogen in einem Demonstrationszuge zum Magistrat. Der Bürgermeister erklärte, nur mit einer Deputation verhandeln zu können, nicht aber mit der ganzen Demonstrationsmasse. Diese wurde unterdessen von berittener Polizei umzingelt und, da sie nicht auseinandergehen wollte, gab die Polizei Feuer. Zwei Arbeiter wurden verwundet, 50 verhaftet, worauf die Menge auseinanderlief. Die Sozialdemokratische Partei beabsichtigt, im Sejm wegen dieser Angelegenheit eine Interpellation einzubringen.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags trat gestern in Anwesenheit Stresemanns zu einer Sitzung zusammen, in der über Amnestieforderungen im besetzten Gebiet im Zusammenhang mit der Durchführung des Londoner Protokolls verhandelt wurde.

Hahnrei Triumphator.

„Dardamele“ in der „Komödie“.

Neue Gedanken sind seltsamer, als man allgemein vermutet, und daher überaus wertvoll. Ein einziger origineller Einfall hat den weit und breit unbekanntem Franzosen Emile Mazaud in den Siond gesetzt, ein Lustspiel zu schreiben, und sogar ein Lustspiel von ganz eigenartiger Art. Das Stück beginnt mit einem Ehegymnast. „Du Tyrann, Du Schuft, Du Sozialist“ (!), ruft die Gattin ihrem Mann während zu. Er arbeitet an seinem Schreibtisch ruhig weiter, aber als sie ihn „Du Hahnrei“ zuruft, wird er aufmerksam. Und nun ereignet sich etwas, was sowohl für die teure Gattin wie für die Zuschauer unerwartet kommt. Dardamele nimmt das Schimpfwort wie eine Rängebühmung auf. „Wist über die Feigen“, sagt er, „ich will meiner Ehre Etre machen“ Und poscunt die eben gemachte Eröffnung in alle Welt hinaus. Ja, er bringt sogar über seinem Hausort ein großes Schild mit der Aufschrift an „Dardamele, betrogener Ehemann erster Klasse“ Im Gegensatz zu seinen Schicksalsgenossen, die ihr Hahnreitem im Verborgenen mit sich herumtragen, wird Dardamele zu einer Sensation, zu einer überragenden Berühmtheit seiner Erdingstadt. Die Kinder spielen nicht mehr „Schühengaben“ und nicht mehr „Räuber und Gen darm“, sie tummeln sich in Hahnreispial. Der Erfolg des grotesken Einfalles bleibt nicht aus. Reichämt, gedemütigt, der Lächerlichkeit preisgegeben ist nicht der Betrogene, sondern die Ehefrau, die, von jedem Mann als Freiwild betrachtet, vor Scham in die Erde versinken will. Am Ende ihres Leidensweges fällt sie vor ihrem Gatten in die Knie und bittet ihn flehentlich: „Sei nicht mehr Hahnrei!“ Nach ihren Schwüren, fortan die liebenswerteste und treueste Ehefrau zu sein, willigt er ein.

Der Reiz des Lustspiels liegt in der Umkehrung der gewöhnlichen Verhältnisse. Der Hahnrei hat hier eine große Geste. Der Eroberer und die ungetreue Gattin wirken lächerlich. Unsere Herzen fliegen dem gequälten Dardamele zu.

Man wird Mazauds Bühnenwerkchen den Vorwurf machen, es sei dünn und monoton, es spinne den einen Gedanken über Gebühr hinaus. Aber unser Urteil über Lustspiele ist relativ. Wir besitzen herzlich wenig Lustspiele mit besonderen Einfällen. „Dardamele“ erinnert an Paul Kainfelds vor einem Jahr erschienene Komödie „Palm-, oder der Gefrankte“. Auch hier sieht eine skurrile Persönlichkeit in der Mitte der Handlung. Aber hier ist kein Lustspiel, und der grotesken Hauptperson fehlt die Allgemeingültigkeit. Ein Vorzug des Mazaudschen Lustspiels ist die Tragik, die hinter den harmlosen Szenen lauert. Wir sehen es mit einem nassen und einem heiteren Auge.

Max Fallenberg war gleich vortrefflich als Tuiheid und Regisseur. Ganz gedämpftes, schmerzverhaltene Spiel eines Gequälten. Groteske Tragik, zu Herzen gehende Menschlichkeit. Ein lustiger Regieeinfall: Als ein Leidensgenosse auf der Bühne sagt:

„Es wimmle doch um uns von Hahnreien“, macht er eine runde Handbewegung, und der Zuschauerraum wird einen Augenblick hell. Von den übrigen Darstellern, die durch die Bank maßlos gewogene Typen hinstellten, ragten Schille Kinder als Ungetreue, Rudolf Amendt, Karl Eiger und Paul Bildt hervor. Wie bei einem nicht wertlosen Stück nicht anders zu erwarten war, erscholl aus lauter Beifall des blasierten Kurfürstendampublikums. Veranzelte Pisse waren hörbar. Ernst Degner.

Der Kettenbrief. Die Kettenbriefe, die vor einiger Zeit so sehr in Mode waren, tauchen wieder auf. Vielleicht sind sie jetzt das 24. Mal um die Erde gegangen. Seit einigen Tagen bekomme ich regelmäßig diese Briefe zugesandt. Immer ist die Briefstorte von einem amerikanischen Offizier angefangen und darf nicht unterbrochen werden. Sonst kommt das Glück nicht usw. Jeder Kettenbrief fängt mit einem Bibelspruch an mit Ausnahme eines einzigen. Und dieser eine ist auch der einzige, den ich abgeschrieben und an Bekannte abgeschickt habe, von denen ich weiß, daß sie an die glückbringende Kraft der Kettenbriefe glauben. Dieser Brief lautet wie folgt:

Kettenbrief für das Glück.

„Warte, warte noch ein Weilchen, bald auch kommt das Glück zu dir!“

Dieses Gebet stammt aus Hinterpomern, da wo der Demantberg liegt, an dem alle hundert Jahre ein Vöglein seinen Schnabel wehrt. Es ist für alle Beschäftigten als Trostmittel bestimmt.

Wenn Sie auf das Glück warten wollen, warten Sie bis Pfingstmontag. Vielleicht kommt's dann. Bis dahin müssen Sie alle Tage neunmal diese Zeilen abschreiben und an gute Bekannte senden, sonst hilft alles Warten nichts. Jedemal, wenn Sie diese Zeilen abgeschrieben haben, müssen Sie gen Hinterpomern blicken, die Hände beschwörend gen Himmel strecken und beten:

„Salem allestem, vielleicht geht's doch trumm!“

Wenn Sie dieses alles getan und bis dahin noch keinen trummen Finger von Kettenbriefschreiben bekommen haben, werden Sie ein selten glücklicher Mensch sein.

Diese Kette ist von einem hellen Berliner, der der Post viel Verdienst wünscht, angefangen worden und darf nicht unterbrochen werden. Der Brief soll 60millionenmal durch das deutsche Reich gehen, auf daß alle Deutschen vor Kettenbriefschreiben verrückt werden. Viel Glück!

Broschüre Künste. Die Mode, auf kleinstem Raum möglichst viele Worte zu schreiben, holt vor einer Reihe von Jahren ihre höchste Blüte erreicht. Man ist durch diese Übungen, die sich gegenseitig zu übertreffen suchten, so verwöhnt worden, daß es schon einer ganz besonderen Leistung bedarf, um damit noch Aufmerksamkeit zu erregen. Eine solche Leistung hat jetzt ein gewisser Howard Baker aus Washington vollbracht, der sich rühmen darf, in dieser Hinsicht das Unmöglichste möglich gemacht zu haben. Mit unermüdlicher Geduld hat dieser eigenartige Künstler das Vaterunser in englischer Sprache auf den Kopf einer Stednadel eingraviert. Die Photographie dieses seltsamen Dokuments bedarf einer landesweiten Vergrößerung, um die Entzifferung der Worte möglich zu machen

und daneben die Regelmäßigkeit und Eleganz der Schriftzeichen zu würdigen. Howard Baker hat sich aber damit noch nicht begnügt: er hat obendrein noch die Buchstaben U. S. A. auf die Spitze einer Nähnadel eingeritzt. Das darf man füglich als Gipfel der Kunst mikroskopischen Kleinschreibens bezeichnen. Bewunderung verdient aber auch der Arbeiter, der die für die Gravierung gebrauchte Nadel angefertigt hat.

Brasilia, die Zukunftshauptstadt Brasiliens in Brasilien, auf dem Hochlande von Gogaz, und zwar in einer Höhe von 1200 Meter, wird gegenwärtig mit großem Eifer an der neuen Bundeshauptstadt des Landes gebaut, die den Namen Brasilia führen wird. Die Stadt soll in jeder Hinsicht ein schönes und neuzeitliches Stadtbild bieten, weshalb auch ein großer Teil des Baugeländes für die staatlichen Bauwerke wie auch für die verschiedenen öffentlichen Anlagen, wie Parks und Plätze, bestimmt wurde. Nach dem Bericht in der „Geographischen Zeitschrift“ scheint auch die Beteiligung von Bräutleuten am Bau der neuen Hauptstadt sehr rege zu sein, da bis Ende des Jahres 1924 bereits 4500 Baupläne in festen Händen waren. Da die Fläche des Hochlandes von Gogaz fast unbegrenzt und verhältnismäßig wenig bestockt ist, kann sich die Stadt Brasilia denn auch ins Ungemeine ausdehnen, zumal da das Land gleichzeitig, wenigstens stellenweise, sehr fruchtbar ist.

Eine Neuerung an der Pariser Universitäts. Als Novum in der Geschichte der Pariser Universitäts wird von den französischen Blättern die Veranstaltung öffentlicher Vorlesungen in der juristischen Fakultät hervorgehoben. Sie werden allmähentlich abgehalten und stehen bedingungslos dem allgemeinen Zutritt offen. Die hervorragendsten Fachvertreter beteiligen sich an dieser Popularisierung der Rechtswissenschaft, für die natürlich Gegenstände gewählt sind, die in weiten Kreisen auf Teilnahme rechnen können. So werden Vorlesungen gehalten über Regionalismus, über das Lustrecht und seine Probleme, über die Gesetzgebung auf dem Gebiete der Elektrizität und über die internationale Organisation der Arbeit.

Gestaltung der Woche. Dienstag: Kammeroper „Der Russe“ (Ein Edemann vor der Tür). Donnerstag: Schloßpark-Theater „Der liebe Augustin“. Freitag: Schillertheater „Von Morgen bis Mitternacht“. Sonnabend: U. L. Königgrader Str. „Das Tierchen“. Volkstheater „Wer meint um Judenad“. Hof-Theater „Wilhelm Tell“.

Uranio-Vorträge. Sonntag um 5 und 7 Uhr: Säbamerikanum Brasilia. Montag: Indien, das Land der Täume. Mittwoch um 7 Uhr: Bra. Goerte: Ägypten. Donnerstag 7 Uhr: Prof. Goerte: Das ägyptische Königtum.

In der Humboldt-Hochschule hält Sonnabend 8 Uhr Dr. Leonhard Adam Vorträge über einen Eichbärenvertrag über: „Indianerkunst in Nordamerika“.

Im Deutschen Opernhaus wird am Sonntag zu ermäßigtem Preisen „Bigarab Hochgeit“ geben.

Das Gauderfest der Schule Reimann findet unter dem Namen „Mitternacht“ wie alljährlich Sonntag, den 24. Februar und Sonnabend, den 7. März, in den Gauderäumen des Zoo statt.

Während der Nachturg gestorben. Der Professor der Zoologie an der Universität Lund, Axel Wiken, ist bei einer Vorlesung in der Universität am Herzschlag gestorben.

Die tägliche Brüderschaft.

Vertuschungswand im Korruptionsausschuss.

Wenn die Kommunisten gestern im Preussischen Landtag unter dem Jubel der gesamten Reaktion eine der letzten Positionen der deutschen Arbeiterbewegung in gewissenloser Weise besetzt haben, um nicht nur im Reich, sondern auch in den anderen Ländern freie Bahn für die Rechtsdiktatur zu schaffen, so handelt es sich hier nicht etwa um einen Einzelfall, sondern um das neue System der KPD, das offenbar der letzten Moskauer Parole entspricht. Auch in dem vom Reichstag eingesetzten Untersuchungsausschuss zur Klärung der Finanzskandale hat sich die kommunistische Partei bedingungslos unter das Kommando der Deutschnationalen begeben.

Im Gegensatz zu dem Lügenbericht der „Roten Fahne“ von heute morgen ist zunächst festzustellen, daß die KPD bisher auf jede eigene Initiative verzichtet hat, um jeweils die deutschnationalen Anträge erst abzuwarten. In der ersten Sitzung am 22. Januar war der Vertreter der kommunistischen Partei überhaupt nicht zugegen. Sein Erscheinen erfuhr am Schluß der Sitzung und sagte kein Wort. Als in der zweiten Sitzung am 23. Januar der Arbeitsplan für den Untersuchungsausschuss aufzustellen war, lag wiederum von der KPD überhaupt kein Antrag vor. Erst nachdem der Deutschnationale v. Dewitz seine Richtlinien begründet hatte, setzte sich Dr. Rosenberg bedingungslos für deren Verteidigung ein. Der Deutschnationale v. Dewitz hatte unter sehr eigenartiger Begründung die sofortige und ständige Verbindung des Untersuchungsausschusses mit der Berliner Staatsanwaltschaft beantragt, indem er meinte, daß der Reichstagsausschuss durch diesen Konnex mit dem Staatsanwalt jeweils wisse, wenn die Öffentlichkeit der Verhandlungen ausgeschlossen werden müsse. Die Sozialdemokraten protestierten sofort gegen diesen neuen Versuch von rechts, den Untersuchungsausschuss hinter verschlossenen Türen tagen zu lassen, während doch gewisse Berliner Korrespondenzen an der Verbreitung unwarer Berichte durch denselben Staatsanwalt bisher nicht behindert worden waren. Dr. Rosenberg, der der „Roten Fahne“ so viel von der Offenheit der Verhandlungen erzählt, hat diesen Protest der Sozialdemokraten mit keinem Wort unterstützt. Er schwieg sich aus, um die Koalition mit den Deutschnationalen nicht zu stören. In dem sozialdemokratischen Antrag war vorgesehen, daß der Untersuchungsausschuss nicht nur Aufstellungen über alle Kredite der Reichsstellen an Barmat, Kusliser und Michael, sondern auch über alle sonstigen Kredite haben müsse, die von Reichsstellen eingeräumt worden sind. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei kämpften dagegen an, daß man außer den drei genannten Kreditnehmern auch auf die Hingabe von Reichsgeldern an Industrie usw. eingehen dürfe. Sie wehrten sich insbesondere gegen ein Hineinleuchten in die Ruhrkredite, und sie fanden auch hier die ganz energische Unterstützung des Dr. Rosenberg; selbst der Hinweis unseres Genossen Aufhäuser auf die Scheibung mit Postgeldern, die in unzulässiger Weise den Mannesmann-Werken zugesprochen sein sollten, konnten Dr. Rosenberg in seiner Auffassung nicht erschüttern, konsequente jede Untersuchungsmethode abzulehnen. Durch die etwa die wirklichen Zusammenhänge der ganzen Mißstände aufgedeckt werden konnten. Es liegt ihm und den Deutschnationalen lebhaft daran, politischen Standa zu machen, während der konkrete Arbeitsplan der Sozialdemokratischen Partei zur Reform des ganzen Systems für beide kein Interesse hat. Der einzige Antrag, den Rosenberg zu stellen wußte, war der, man möge sofort beschließen, den Reichspräsidenten und seine Beamten zu vernehmen. Aufhäuser und Schred konnten feststellen, daß im sozialdemokratischen Antrag jede solche Vernehmung, auch die des Reichspräsidenten, bereits enthalten ist; aber darauf kam es den Kommunisten nicht an. Obwohl bei der Aufstellung des Arbeitsplans überhaupt noch keine Zeugenvernehmung beschlossen wurde, die ja erst bestimmt werden kann, wenn die Unterlagen der Regierungsstellen vorliegen, beantragte er einzig und allein die Zeugenvernehmung Eberts, um so ohne jede Begründung den Reichspräsidenten von vornherein politisch zu belasten. Dieser sensationelle Versuch war allerdings so plump, daß diesmal sogar Rosenbergs deutschnationale Freunde gegen den Antrag stimmten. Auch der Hinweis des Genossen Aufhäuser, in die Kreditgebarung der Sozialversicherung hineinzuweisen, an deren Klärung die kommunistischen Angestellten und Arbeiter sehr stark interessiert sein müßten, fand bei Rosenberg keine Unterstützung, wie er überhaupt ungelesen gegen jede sozialdemokratische Anregung und begeistert für jede deutschnationale stimmte.

Der sozialdemokratische Antrag, die Untersuchung auf die gesamte Kreditgebarung der Reichsstellen auszuweiten, wurde schließlich vom Ausschuss gegen die Stimmen der Kommunisten und Deutschnationalen angenommen.

Wir fragen, wer will hier Vertuschung treiben?

Der Freispruch Hermanns.

Die Verurteilung des Urteils.

Weimar, 24. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Urteilsbegründung zum Freispruch des Genossen Hermann vermahnt sich zunächst gegen den Vorwurf, daß die Anklage gegen Hermann aus politischen Gründen erfolgt sei. Seinerzeit sei in der Öffentlichkeit das Gefühl entstanden, als würde die Regierung bei der Verurteilung von Beamten ihre Parteianhänger bevorzugen. Aber ausdrücklich unterstreicht die Urteilsbegründung, daß der frühere Minister Hermann und die drei Kreisdirektoren durchaus Ehrenmänner sind, die durch Runzes Taten auf die Anklagebank gebracht worden seien. Zum Freispruch Hermanns haben wesentlich die Ausführungen des Zeugen Zahn beigetragen, die vom Gericht als Gutachten über die Geschäftsordnung des Thüringischen Ministeriums angesehen wurden. Runze habe leichtfertig gehandelt und damit die Ehre und Existenz von sehr ehrenhaften Männern aufs Spiel gesetzt.

Militärputsch in Chile.

New York, 24. Januar. (W.B.) Wie aus Santiago de Chile gemeldet wird, ist die Regierungsjunta zurückgetreten, nachdem eine Gruppe junger Offiziere den Renedapalast, den Sitz der höchsten Behörden, besetzt hat und Truppen den Palast umzingelt haben. Eine neue Regierungsjunta ist gebildet worden. Präsident Allandri ist dringend aufgefordert worden, aus Italien zurückzukehren und die Präsidentschaft wieder zu übernehmen. Zu Ausbreitungen ist es nicht gekommen.

Kuropatin gestorben. Der frühere General Kuropatin, der höchstkommandierende im russisch-japanischen Krieg, ist im 80. Lebensjahr gestorben.

Luftballons.

Früher waren sie ein hübsches Kinderspielzeug, heute vermögen sich vor allem Erwachsene damit. Besonders die Weiblichkeit der Beschäftigungslosen Gattung tut sich darin hervor. In der Untergrundbahn und im Kaffeehaus — überall ist so ein buntes Ding zu sehen, leuchtend rot, gelb oder grün. Luftballons sind also eine Modeleihe geworden, plüschig und schnell, wie ein Schlager etwa oder wie die vorjährigen Apachentücher. Das weibliche Wesen liebt nun einmal die Abwechslung, seien es meinetwegen junge Leoparden, die man als Schoßhund spazieren führt. Die Frauen von heute tänzeln gern, und so ein Luftballon ist oft Anlaß zu einem harmlosen Flirt. Damen mit Luftballons, die sich im Straßenbild rapide vermehren, sind meistens hübsch angezogen. Was sollte auch eine Arbeiterfrau mit diesem törichtem Spielzeug? Zum Koletieren hat die keine Zeit. Stolz sind die Besitzerinnen eines Ballons auf ihre „Errungenschaft“, die gar nicht teuer ist. Kavalere können damit das Herz eines jungen Mädchens billig erobern. Luftballons existieren in allen möglichen Formen; die neuesten sind sogar mit einer Sockel versehen. Auf den Tanzdielen läßt man sie mit Vorliebe gegen die Decke fliegen, um sie dann mühsam wieder einzufangen. Auf der Straße verliert das niemand; lächelnd sieht man dem Ausreißer nach. Den Jungen macht es diebischen Spaß, heimlich den Bindfaden durchzuschneiden. Luftballons sind denn diesen eine Freude, machen am Alltag übermütig. Deshalb sollen wir sie denen gönnen, die immer etwas zum Spielen haben müssen; der Einsatz ist ja kein Menschenherz, und die Herrlichkeit eines Luftballons währt so wie so nicht lange. Denn der Beizhe, Lustige plagt sehr bald, wie die Saunen latter Menschen. Ein Knall, ein Ausruf des Bedauerns — und er ist vergessen...

Der Ausbau des Flughafens.

Das Tempelhofer Feld für den Gesamtluftverkehr.

In den letzten Monaten ist auf dem neuen Flughafen auf dem Tempelhofer Feld rüstig gearbeitet worden. Mit dem beginnenden Flugjahr 1925 wird das Tempelhofer Feld zum einzigen Flughafen für den gesamten Berliner Luftverkehr werden. Auch der Deutsche Aero-Fond überließ das Gelände nach Tempelhof, nachdem auf dem Felde neue Hallen für ihn fertiggestellt worden sind. Der Aufsichtsrat der Berliner Flughafen-Gesellschaft m. b. H. hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, bei den Gesellschaftern, das heißt bei der Stadt Berlin und beim Reich, eine Erhöhung des Aktienkapitals von 1200 000 Mark auf 4 Millionen Mark zu beantragen. Die Erhöhung soll ratenweise nach dem weiteren Fortschreiten der Bauarbeiten auf dem Felde erfolgen. Sie wird ausreichen, um weitere große Hallen für Verkehrsflugzeuge herzustellen. In diesem Jahre wird bereits der deutsche Rundflug 1925 auf dem neuen Flughafen Berlins stattfinden. Die Junkers-Gesellschaft hat die Absicht, einen großen Teil ihrer Unternehmungen und Betriebe, vor allem die Hauptgeschäftsführung, in die Nähe des Feldes zu verlegen. An der Ecke Paradesstraße-Berliner Chaussee soll in einem Turmhaufe die Verwaltung der Gesellschaft untergebracht werden. Im Laufe des Sommers wird der Verbindungsweg zwischen der Berliner Chaussee und dem Flughafen als Straße ausgebaut, ferner wird die Straßenbahn von der Friesenstraße bis zum Flughafen durchgezogen. Außerdem wird durch die Verlängerung der Nord-Südbahn nach Tempelhof ebenfalls ein besserer Verkehrsanschluß geschaffen. Es ist anzunehmen, daß die Berliner Stadtverordnetenversammlung dem Bauprogramm der Gesellschaft zustimmen wird, nachdem bereits vor einigen Monaten ein Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung nach einer Besichtigung des Flughafens die Unterstützung der weiteren Pläne der Gesellschaft bekräftigt hatte. Jedenfalls wird Berlin mit seinem Flughafen auf dem Tempelhofer Felde nach Fertigstellung des Ausbaues alle Großstädte der Welt weit überholt haben.

Abermals ein Raubüberfall bei Friedrichshagen.

Bereits zum zweiten Male in ganz kurzer Zeit wurde der Berliner Edward Hoehnisch aus der Kaiserstr. 5 zu Kallberge-Rüdersdorf von Wegelagerern angefallen. Als er am 15. d. M. um 8 Uhr abends mit seinem Gespann von Friedrichshagen nach Schöneiche fuhr, fiel in der Nähe des Chausseehauses ein Mann den Pferden in die Zügel, während ein zweiter sich auf den Bodenschwung, um ihm die Tasche mit der Tageslohnung zu rauben. Geistesgegenwärtig verlor Hoehnisch diesem einen Faustschlag, so daß er vom Bodenschwung fiel. Dann trieb er die Pferde an und sagte davon. So mißlang der Raub. Bereits am Mittwoch abend wiederholte sich der Überfall an derselben Stelle und zu der gleichen Zeit. Auch diesmal schlug Hoehnisch die Räuber in die Flucht, bevor sie ihm etwas abnehmen konnten. Die Räuber entkamen wiederum in den Wald hinein. Hoehnisch kann nicht sagen, ob es dieselben Wegelagerer waren. Vermutlich ist das aber der Fall. Es können aber auch andere Mitglieder einer Bande gewesen sein, die die üblichen Fahrten des Kutschers kennen und sich diese Stelle zu ihren Überfällen ausgesucht haben. Da Friedrichshagen in der letzten Zeit wiederholt in Verbindung mit allerlei Vergehen genannt worden ist, so wäre es in der Tat gut, wenn die dortige Polizei sich einmal energisch um die Verbesserung der öffentlichen Sicherheit bemühen würde.

Nationalistischer Kino-Rummel.

Man schreibt uns: Der „Schwarze Adler“ ist ein Kino in Sichtenberg. Neben einigen mittelmäßigen Filmen gibt es dort eine sogenannte „Bühnenschau“, die, trotzdem sie alles andere als eine Bühnenschau ist, zu nationalistischen Propagationen benutzt wird. Ein Bergmann in Uniform (mit gelbem Hut) erscheint, schmettert hinein ins Publikum: „Sie sollen ihn nicht haben, den alten deutschen Rhein“, ruft den „alten Gott“ zu Hilfe und fuchelt wie Bolan mit einer Streitart in der Luft herum. Nur zwei Republikaner — zwei — wagten es, trotz empörter Blitze, zu protestieren! Zum Schluß irgendein lässliches „Theaterstück“, das, wie könnte es auch anders sein, dem Schönenleben entnommen wurde, und — Militärmusik! Die Zuschauer des Kinos sind Arbeiter, die sich nach ihrem Tagewerk eine Erholung gönnen wollen. Ob sie nicht merken, wie sie provoziert werden?

Vergebliche Brüderschaft.

Einen gründlichen Reinfall erlebte die deutschnational-kommunistische Kampagne gestern abend in der Cöpenicker Bezirksversammlung. Anlässlich der Haupt- und Staatsaktion für den Abbau sozialdemokratischer Stadträte wegen „Unfähigkeit“ hatte es vor Monaten einen heftigen Konflikt zwischen der bürgerlich-kommunistischen Mehrheit und dem Bezirksverordnetenvorsteher Genossen Wolf gegeben. Die Bundesräuber hatten aber damals schon den Kürzeren gezogen. Jetzt sollte mit neuem Eifer Kräfte noch genommen werden. Die Deutschnationalen hofften bei der Vorkandidatur ihren Kandidaten durchzusetzen. Sie waren schmerzlich überrascht, als ihnen das vorbeiging. Einem Deutschnationalen mochten die Kommunisten auch nicht zum Vorsteherposten verhelfen. So wurde schließlich im zweiten Wahlgang Genosse Wolf mit den Stimmen von 14 Sozialdemokraten und einem Demokrat gegen die Stimmen von 12 Deutschnationalen (bürgerlicher Wähler) und einem Demokrat bei vier kommunistischen Stimmhaltungen gewählt. Darauf stimmten alle Deutschnationalen frei und drapierten den Kommunisten Johann als Stellvertreter. Trotzdem wurde der Demokrat Spring als Stellvertreter gewählt. Nicht weniger groß war der Reinfall bei dem erneuten Antrag, den sozialdemokratischen Stadtrat Herbst wegen

„Unfähigkeit“ abzubauen. Auch dieser Antrag wurde mit Stimmen-gleichheit (die Demokraten lehnten ihn ebenfalls ab) erledigt. Bürgermeister Genosse Wolf brachte dann den Etat für das Jahr 1925 ein und beendete ihn in ausführlichen Darlegungen. Seine wiederholten Hinweise auf die großen Leistungen der Einheitsgemeinde für die Entwicklung des Bezirks waren der Reaktion offensichtlich peinlich. Der ganze Agitationsrummel für die Sozialdemokratischen Bewegung, die sich in der Bevölkerung sowieso schon längst überlebt hat, bekommt durch den diesjährigen Etat einen tödlichen Stoß. Die Blamose der „Nationalen“ wurde am Schluß noch vervollständigt durch eine kurze, aber gründliche Abfertigung des „Niederbarnimer Anzeigers“ in Friedrichshagen, der eine aus den Fingern geflogene Verleumdung gegen das Bezirksamt als „Eingekauft“ in die Spalten seines Blattes aufgenommen hatte. Nichts, aber auch gar nichts mehr gelangt den Herrschaften.

Frauenmord im Berliner Nordost.

Der Täter, „polnischer Toni“ genannt, flüchtig.

Ein Kapitalverbrechen, das in der vergangenen Nacht gegen 1 Uhr endete, rief die Nordkommission vom nahe gelegenen Polizeipräsidium nach dem Hause Elisabethstraße 64. Dort wurde eine Frau, die Witwe Johanna Smuda geb. Paul ermordet aufgefunden. Der Tat dringend verdächtig ist ein Mann, der ständig bei ihr gewohnt hat und bisher nur unter dem Namen „der polnische Toni“ bekannt ist. Dieser Mann ist offenbar flüchtig geworden. Die Tat ist nach den weiteren Feststellungen wahrscheinlich am Donnerstag abend um 11 Uhr verübt worden. Um diese Zeit hat man in der Behausung den letzten Lärm gehört, ohne darauf weiter zu achten. Frau Smuda ist wahrscheinlich um 11 Uhr nach Hause gekommen und von ihrem Geliebten gleich mit dem Ziel empfangen und niedergeschlagen worden. Der Täter mit der Beize wurde vom Erkennungsdienst photographiert. Die Nordkommission nahm sofort die Nachforschungen nach dem „polnischen Toni“ auf. Ueber den Tatbestand ist folgendes festgestellt worden:

In dem Hause Elisabethstr. 64 wohnte seit vielen Jahren im dritten Stock des Vorderhauses die 47 Jahre alte, aus Schlanom gebürtige Witwe Johanna Smuda geb. Paul, die vom Zimmervermieteten lebte. Sie hatte drei Stuben und Küche. Zwei Zimmer hatte sie zuletzt an mehrere junge Leute vermietet, das eine an eine Näherin. In dem dritten Zimmer und der Küche wohnte Frau Smuda mit einem Mann, der bisher nur unter dem Spitznamen „der polnische Toni“ bekannt und ein Trinker ist. Der Näherin sagte Frau Smuda wiederholt, daß ihr Geliebter sie oft mißhandelte und braun und blau schlug. Auch der Polizei waren derartige Auftritte bereits bekannt. Die jungen Leute, die das eine Zimmer gemeinsam bewohnten, legten jeden Morgen die Tagesmiete in der Küche an einer vereinbarten Stelle nieder. Als das Geld dreimal hintereinander nicht weggenommen worden war, schloß die junge Leute Verdacht. Man benachrichtigte die Polizei, die mit Gewalt die Tür zu dem Zimmer der Birn öffnete. Als die Beamten nun von der Küche aus eintraten, bot sich ihnen ein schauerlicher Anblick. Zwischen Bett und Fenster lag mit dem Gesicht auf dem Boden in einer großen Wulst Frau Smuda. Sie war tot. Ein Rissen, mit Blut ganz durchdrückt, war aus dem Bett herausgerissen. Auf ihm lag der Kopf der Beizhe. Mehrere stumpfe Hiebe hatten den Kopf zertrümmert. Die Schläge waren so wuchtig geführt worden, daß das Handbeil, von dem sie herührten, vom Stiel geflogen war. Es wurde mit Blut besudelt hinter einem Schrank gefunden. Die Kriminalpolizei benachrichtigte die Nordkommission. Der Berichtsarzt stellte am Kopf der Beizhe zwei schwere Schläge fest, die den Schädel zertrümmerten und unmittelbar zum Tode führen mußten. Außerdem aber hatte der Mörder seinem Opfer noch ein zusammengedrehtes Handtuch um den Hals so fest gezogen, daß es hätte erstickt müssen, wenn es nicht schon durch die Schläge getötet worden wäre. In dem Zimmer waren Schußwunden ungekippt, ihr Inhalt durchwühlt und verstreut. Hierdurch muß angenommen werden, daß der Mörder es auf Geld und Schmuckstücke der Ermordeten abgesehen hat. Der „polnische Toni“ ist verschwunden. Die Ermittlungen ergaben, daß Frau Smuda die Absicht hatte, sich seiner zu entledigen, weil sie seine Mißhandlungen nicht länger dulden wollte. Sie wollte ihn aus der Wohnung entfernen. Er hatte aber geäußert, daß er eher seine Wirtin tötschlagen werde, bevor er freiwillig die Wohnung räume.

Vorsichtswahl im Weissenhof Bezirksamt.

Seit 1921 war unser Genosse Ziele ununterbrochen Vorkämpfer der Bezirksverordnetenversammlung des 18. Bezirks Weissenhof. Unsere Partei hatte auch einen Anspruch auf den Vorkämpfer, da sie mit ihren 12 Mandaten von den 22 Bezirksverordneten die stärkste Fraktion ist. Niemals konnte gegen die stets kluge Geschäftsführung des Genossen Ziele von irgend einer Partei Anwendung gemacht werden. In der vorbereiteten Sitzung des Bezirksparlamentes hatten sich die Kommunisten mit den drei Kommunisten und den zwei Unabhängigen zusammengetan, um Ziele zu Fall zu bringen und damit den Vorkämpfer des Bürgerlichen in die Hände zu spielen. Der eine Kommissar und der eine Zentrumsmann machten dem Streben nach einer Einheitsfront einen Strich durch die Rechnung. Im ersten Wahlgang erhielt Genosse Ziele 18 Stimmen, der deutschnationale Abgeordnete Bohm 12 und der Kommunist Kaczewski 5 Stimmen. In der Stichwahl erhielt der Sozialdemokrat 14 und der Deutschnationale 18 Stimmen. Somit war Genosse Ziele ohne die Kommunisten gewählt. Als Stellvertreter wurde mit der gleichen Mehrheit der Zentrumsmann Herzog gewählt.

„Entsaffung des Klassenbewußtseins.“ Am 20. Januar (später im Hörsaal 41 der Universität Genosse Dr. Luisold Stern) waren auf Einladung der Vereinigung sozialdemokratischer Studenten über die „Entsaffung des Klassenbewußtseins“ seine überaus anregenden Ausführungen, auf die im einzelnen einzugehen infolge der Fülle fruchtbarer Gedanken unmöglich ist, gipfelten in der Aufforderung an die Genossen unter den Studenten, mitzuwirken an einer planmäßigen Kampfarbeit und damit an der Ausbreitung des Klassenbewußtseins oder besser — wie Genosse Stern darlegte — der Klassenbewußtwerdung aller arbeitenden, das sind die lohnempfangenden Schichten. Der Abend war einer der fruchtbarsten, den die WBS in diesem Semester aufzuweisen hat; über die sonstigen erfolgreichen Veranstaltungen der Gruppe wird am Ende des Semesters Bericht erstattet werden.

Sozialökonomische Ausstellung in Alsterberg. In der Turnhalle der Schule Paritz, 7/8 in Alsterberg wird vom 25. Januar bis 1. Februar d. R. täglich geöffnet von 5-9 Uhr, Sonntag 3-9 Uhr, eine sozialökonomische Ausstellung abgehalten. Die von den sozialökonomischen Reichslehrenden besetzte Ausstellung umfaßt folgende Gebiete: Mutter und Kind — Tuberkulose — Kruppelstum — Alkoholismus — Geschlechtskrankheiten. Täglich um 6 Uhr abends sind ärztliche Vorträge vorgesehen. Eintritt 10 Pf., für Erwerbslose mit Ausweis frei.

Taubenausstellung im Saalbau Friedrichshagen. Die „Arbeitsvereinigung der Taubstummen des Nordens“ veranstaltet am Sonnabend und Sonntag eine große Taubenausstellung im Saalbau Friedrichshagen mit 200 beladeten Tieren. Da auch viele von den ausgesetzten Tieren veräußert sind, lohnt es sich für jeden Taubstummenbesitzer, die Ausstellung zu besuchen. Sie ist heute, Sonnabend, bis 10 Uhr und am Sonntag bis 9 Uhr abends geöffnet.

Auf Jede Hannibal 1 wurde von den gestern verunglückten Arbeitern ein Dritter als Leiche geborgen. Die Aufräumungsarbeiten gestalteten sich äußerst schwierig und gefährlich, so daß man zu den übrigen vier Vermissten noch nicht gelangen konnte. Die Rettungskolonnen sind ununterbrochen tätig.

